

Die Gefahr einer „schweigenden“ Kirche

Die innenpolitische Situation in Österreich trägt zur Zeit skurrile Züge. Dazu tragen in erster Linie die *Auflösungserscheinungen* in der Sozialistischen Partei Österreichs bei, in der laufend neue interne Auseinandersetzungen für Aufregungen sorgen, die Bundeskanzler *Fred Sinowatz* nicht zu steuern in der Lage ist. Auf diese Weise wird es immer schwieriger, hinter der Politik der rot-blauen Koalition in Österreich ein Programm zu erkennen. Dies verschwindet hinter den oft vordergründigen, teilweise auch persönlichen Polemiken zwischen einzelnen Regierungsmitgliedern. Minister fordern einander auf, zurückzutreten, jeder ist mit jedem unzufrieden, und an der Basis der einstmals so geschlossenen und disziplinierten Partei zeigt sich immer deutlicher offene Kritik an der Parteispitze.

Konzeptionslose sozialistische Partei

Neben persönlichen Meinungsverschiedenheiten sorgen *komplexe Sachfragen* dafür, daß die Risse quer durch die ganze Partei gehen. So besteht zur Zeit gar keine Aussicht, daß die Sozialisten in der Frage, ob die Atomenergie in Österreich doch industriell genutzt werden, ob ein neues Groß-Kraftwerk an der Donau entstehen und welchen Stellenwert die Ökologie im Verhältnis zur Ökonomie einnehmen soll, zu einer Einigung kommen könnten.

Angesichts dieser Lage, die durch den in sich zerstrittenen kleinen Koalitionspartner der Freiheitlichen Partei nicht eben erleichtert wird, verwendet Bundeskanzler Sinowatz immer häufiger einen Standardsatz zur Erklärung vorhandener Schwierigkeiten: „Es ist halt alles so kompliziert!“ Zu allem Überdruß werden diese Schwierigkeiten überlagert durch eine vehemente Auseinandersetzung um den jetzigen

Generaldirektor der Creditanstalt, *Hannes Androsch*, die die Sozialistische Partei in zwei feindliche Lager scheidet und an die Grundfesten der Partei rührt. Androsch war lange Zeit der politische „Ziehsohn“ *Bruno Kreisky*, der ihn schon in jungen Jahren zum Finanzminister und Vizekanzler machte. Als dann der aufwendige Lebensstil des Aufsteigers in Kreisen seiner Parteigenossen böses Blut erregte und Androsch auch als Regierungsmitglied seine „Nebenbeschäftigung“ in Gestalt eines ertragreichen Steuerberatungsbüros partout nicht aufgeben wollte, kam es zum Bruch zwischen Kreisky und Androsch. Der seinerzeitige Bundeskanzler zwang seinen Stellvertreter zum Rücktritt als Vizekanzler und Finanzminister, und der gestürzte Politiker wurde als Generaldirektor in die größte verstaatlichte Bank des Landes abgeschoben. Ungeklärte Finanztransaktionen im Zusammenhang mit seiner Villa brachten aber Androsch immer wieder in das öffentliche Gerede.

Streit um politische Moral

Mitte Juli kam es dann zur Endrunde einer langen, gründlichen Steuerüberprüfung der Androsch-Finzen, und der ehemalige Finanzminister triumpierte schon in Fernsehauftritten und Interviews, nun sei die Angelegenheit endgültig bereinigt, ein „Freispruch“ so gut wie sicher. Wenige Tage später stellte sich heraus, daß es sich nur um ein retardierendes Moment wie im klassischen Drama gehandelt hatte: Ein Bankfachmann meldete sich als Zeuge bei Finanzminister Salcher und sagte aus, die Konten eines verstorbenen Wahlkellers, auf den sich Androsch bisher immer berufen hatte, seien nichts anderes als die eigenen Konten des früheren Finanzministers gewesen. Androsch habe auf diese Weise im großen Ausmaß Steuerhin-

terziehung betrieben. Daraufhin geschah etwas, was selbst in Österreich noch nie passiert war und als unerhört empfunden wurde: Finanzminister *Herbert Salcher* übergab der Staatsanwaltschaft persönlich eine Strafanzeige gegen seinen Vorgänger im Amt und Parteigenossen *Hannes Androsch*.

Seither beherrscht das Thema der *politischen Moral* die öffentliche Diskussion, die mit viel Emotion und Voreingenommenheit, auch mit mancher Scheinheiligkeit, geführt wird. Der „Kapital-Sozialist“ *Hannes Androsch* muß schärfste Angriffe des Alt-Bundeskanzlers Kreisky hinnehmen, der auf Mallorca mit der politischen Entwicklung in Österreich hadert, er wird auch von der Linken innerhalb der SPÖ in massivster Form kritisiert. Im Bürgertum genießt *Hannes Androsch* hingegen unverkennbare Sympathien: Verkörpert er doch geradezu den Typ des Kapitalisten, bis in jedes Detail, „einschließlich der Lebensführung und seiner alles beherrschenden Liebe zur Kombination von Macht und Geld“, wie *Herbert Kohlmaier*, der Wortführer des Arbeitnehmerflügels innerhalb der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), vor einiger Zeit schrieb.

Inmitten einer solchen aufgeheizten Atmosphäre, in der Periodika des Boulevards nahezu täglich mit neuen Sensationen im Fall Androsch, mit Fotokopien aus seinem Steuerakt oder den jüngsten maliziösen Aussprüchen des grollenden Altbundeskanzlers aufwarten, sind Sachfragen kaum voranzubringen. So ist es zu einem weitgehenden *Stillstand des politischen Lebens* in Österreich gekommen, von dem zur Zeit nur die ÖVP profitiert, ohne daß sie sich mit eigenen Initiativen in irgendeiner Weise profiliert. Auch der Vorstoß junger Katholiken, die in der Abtreibungsfrage im Frühjahr ein Stück breiteren Konsenses zustandebringen wollten (vgl. HK, Juni 1984, 258), ist fürs erste gescheitert: Einerseits an der Uneinsichtigkeit der sozialistischen Kader, andererseits an der Maßlosigkeit einzelner kleiner katholischer Gruppen, die Grundsatztreue mit Radikalität verwechseln.

Die Kirche meldet sich kaum noch zu Wort

Die Kirche hat sich in den lauten Streit um die politische Moral nicht eingemischt. Dafür gibt es gute Gründe, denn inmitten der überbordenden Emotionen würde ein abgewogenes Wort zur Zeit ohnehin kaum gehört. Die Kirche meldet sich aber auch sonst kaum zu Wort. Sie gerät immer mehr in Gefahr, zu einer „schweigenden Kirche“ zu werden, nicht durch die Macht des Staates, nicht durch die Gewalt einer politischen Partei, sondern durch die *Konzeptlosigkeit in den eigenen Reihen*.

Im September jährt sich das Ereignis des Papst-Besuches in Österreich, der nach dem Urteil aller Beobachter in unerwarteter und außerordentlicher Weise gelungen ist und der auch für die Zukunft vielversprechend erschien. Das im Vorjahr plötzlich festgestellte religiöse Interesse bei vielen Menschen außerhalb des Kreises der regelmäßigen Kirchgänger führte in der unmittelbaren Nacharbeit von Papst-Besuch und Katholikentag zu vielfältigen, auch selbstkritischen Erkenntnissen, die jedoch meist ohne Folgen geblieben sind. Die Einsicht, daß man bisher zu sehr auf einen inneren Kreis konzentriert gewesen war, die Erkenntnis, daß die Katholiken in Zukunft viel stärker Wege zu den anderen Menschen finden müßten – alles das wurde in Konsistorien und anderen Gremien eifrig debattiert, blieb aber im großen und ganzen ohne erkennbare Konsequenz. Auch die Überlegungen, ob man das gegenwärtige *Kirchenbeitragssystem*, das zweifellos ein Anlaß für die bersorgnis-erregend große Zahl von Kirchengaustritten ist, ändern sollte, sind ohne praktische Folgerungen geblieben. Einzig und allein im *Jugendbereich* kommt es in einzelnen Diözesen zu neuen Lebenszeichen, die erfreulich sind, zu neuen Aktivitäten, die zu Hoffnung Anlaß geben. Die große Zuversicht, die im Vorjahr weit über den Kreis der Kirchgänger hinaus in Österreich spürbar war, scheint jedoch insgesamt wieder dem lähmenden Zweifel zu weichen, ob man überhaupt etwas ändern könne und

was man eigentlich in dieser Situation tun solle. Dazu kommen noch die Auswirkungen des Priestermangels, der immer stärker nicht nur quantitativ, sondern vor allem auch qualitativ spürbar wird und der immer ausgeprägter zu einer Fixierung der innerkirchlichen Diskussion auf Sorgen und Probleme des Klerus verleitet. Die *ungeklärte personelle Konstellation* dürfte die Lage noch zusätzlich verstärken. Kardinal *Franz König*, Erzbischof einer der größten Diözesen der Welt, hat bekanntlich nach dem Katholikentag im Vorjahr mit Rücksicht auf sein Alter seinen Rücktritt angeboten. Papst Johannes Paul II. hat diesen Rücktritt nicht angenommen. Es ist anzunehmen, daß der Kardinal, der für die letzten Jahrzehnte zum großen Sprecher der Kirche in Österreich und zum Brückenbauer zwischen der Kirche und traditionell kirchenfeindlichen säkularen Strömungen geworden ist, noch einige Zeit im Amt bleiben wird. Verständlicherweise sind aber für diesen Zeitschnitt kaum neue Initiativen zu erwarten. Diese Ungewißheit über die personelle Zukunft hat auch Auswirkungen auf jene Bistümer, in denen die Bischöfe *Weber*, *Kapellari* und *Aichern* (Graz, Klagenfurt und Linz) residieren, die zu den wahrscheinlichsten Nachfolgekandidaten zählen,

wenn man vom Wiener Weihbischof *Krätzl* absieht.

Eine neue Plattform?

Um die Dinge dennoch in Bewegung zu bringen, hat der Präsident der Katholischen Aktion Österreichs, *Eduard Ploier*, vorgeschlagen, daß in Österreich eine neue „Plattform“ für die geistige Auseinandersetzung gegründet werden soll, in die nicht nur die Repräsentanten der verschiedenen katholischen Laienorganisationen und Gruppen, sondern auch Laienmitarbeiter aus den Diözesen eingebunden werden sollen. Diese „Plattform“ solle alle zwei Jahre in Anwesenheit von Bischöfen und Priestern einen konstruktiven Dialog führen. Derartige „Plattformen“ sollten auch auf diözesaner und regionaler Ebene errichtet werden. Ploier, der sich für diese ganz neue Form innerkirchlicher Kommunikation aussprach, warnte aber davor, daß ein solches Gremium zur „Selbsterhaltung katholischer Funktionäre“ werden könnte. Die „Plattform“ müsse vielmehr die wirklich existentiellen Probleme der Christen, ja aller Menschen erörtern und auch die Frage der Glaubensweitergabe sowie die Frage nach einem geglückten Leben in aller Offenheit behandeln.

F. C.

Nicaragua: Ist der Bruch noch vermeidbar?

Aus der seit drei Jahren schwelenden ideologischen Auseinandersetzung zwischen Kirche und Sandinistischer Regierung in Nicaragua ist ein *offener Kirchenkampf* geworden, der sowohl politisch-gesellschaftlich wie auch innerkirchlich schwere Auswirkungen haben dürfte. Den Anlaß gab am 13. Juli die Ernennung des Jesuiten *Fernando Cardenal* zum nicaraguanischen Erziehungsminister. Die durchsichtige propagandistische Maßnahme (*Daniel Ortega* anläßlich der Ernennung: „Eine Revolution legt die Erziehung in die Hände eines Prie-

sters und wird angeklagt, die Kirche zu verfolgen ...“), die nur wenige Tage nach der Ausweisung von zehn Priestern erfolgte, und die Äußerung des neuen Ministers, er habe seine Ernennung „ohne formalen Einspruch des Heiligen Stuhls, des Episkopats von Nicaragua und seiner Ordensoberen“ angenommen, bewogen den Vatikan zu einer Klarstellung.

In einer am 13. August veröffentlichten offiziellen Note werden die drei Priester in der Regierung Nicaraguas, *Fernando Cardenal*, sein Bruder *Ernesto Cardenal* (ehemaliger Trappist,